Kreistag verabschiedet Haushalt mit großem Krach

Neubau Lessing-Gymnasium ja oder nein? An der Frage tut sich im Neu-Ulmer Gremium eine Kluft auf. Die Freien Wähler wollten das Projekt im letzten Moment stoppen.

Von Thomas Vogel

So soll der Neubau des Lessing-Gymnasiums im Neu-Ulmer Wiley einmal aussehen. Ob er kommen soll, darüber ist sich der Kreistag nicht einig.
Foto: Schaudt Architekten Gmbh

Neu-Ulm 700.000 Euro sind zwar nicht sonderlich viel in einem 251 Millionen schweren Haushalt. Doch genau auf einen Posten in dieser Höhe hatten es die Freien Wähler vor Beschluss des Haushalts im Kreistag besonders abgesehen. Sie beantragten die Streichung. Damit wäre die Planung der Schule nicht in die Gänge gekommen. In einem weiteren Schritt forderte die FWG-Fraktion auch noch, die Planung des Großprojekts Lessing-Gymnasium auf 2028 zu verschieben.

So kam gehörig Zündstoff in die finale Beratung eines Kreishaushalts, der bei keiner der Fraktionen und auch nicht in der Verwaltung große Freude auslöst. Hauptgrund sind die immens gestiegenen Ausgaben, die jedoch zum allergrößten Teil außerhalb des Verantwortungsbereichs des Kreises liegen. Allein die von Bundes- und Landesgesetzen untermauerten Sozialausgaben steigen im laufenden Haushaltsjahr von 53 Millionen auf 59 Millionen Euro, der Bezirk zieht über seine Umlage gar 16 Millionen Euro mehr aus der Kreiskasse, insgesamt 73 Millionen Euro.

Da der Landkreis selbst weitgehend umlagefinanziert ist, sahen die Verantwortlichen im Kupferbau keinen andern Ausweg, als selbst an dieser Schraube zu drehen und von den Kommunen mehr einzufordern und sich das vom Kreistag genehmigen zu lassen. Das führte zur interessanten Situation, dass CSU-Bürgermeister wie Katrin Albsteiger, Jürgen Eisen, Michael Neher, Claudia Schäfer-Rudolf oder Michael Obst als Mitglieder im Kreistag mit einer Entscheidung konfrontiert waren, die den Handlungsspielraum in ihren Kommunen schmälert.

Doch schlussendlich stellte sich nicht allein die CSU hinter den Haushaltsplan, Zustimmung gab es ebenso von SPD, FDP, JU, ÖDP sowie dem größeren Teil der Grünen-Fraktion. 14 Räte lehnten ihn ab, die FWG-Riege ebenso wie Xaver Merk (BSW) und die beiden Grünen-Vertreter Helmut Meisel und Peter Ehrenberg.

Der Hebesatz steigt demnach um 2,8 auf 51,8 Prozent und werde in den kommenden Jahren, wie Kreiskämmerer Dominic Tausend prognostiziert, noch weiter steigen. Denn die größten Posten fürs „Lessing“ stehen erst in den Folgejahren an. Und zu den anvisierten 128 Millionen kommen weitere Großausgaben für die Sanierung des Kollegs der Schulbrüder, den Betriebshof in Unterroth und die Erweiterung der Aicher-Scholl-Realschule hinzu.

„Uns zerreißt es den Haushalt“, gab Meisel seiner Sorge Ausdruck wegen einer Verschuldung von prognostiziert 125 Millionen Euro. „Wir gehen in eine Verschuldung, die nicht verkraftbar ist“, erklärte auch FWG-Rat Jürgen Bischof. Und schon jetzt schiebe der Landkreis einen Sanierungsstau bei Gebäuden und Straßen von 120 Millionen Euro vor sich her, machte Wolfgang Schrapp (FWG) in seiner Haushaltsrede eine weitere Rechnung auf. Im Verzicht auf das „luxuriöse Leuchtturmprojekt Lessing-Gymnasium“ erkannte Meisel einen Ausweg. Die Befürworter hielten dagegen. Durch eine Verschiebung würde es nur „noch teuer“, wie Ludwig Ott (Grüne) meinte. „Wie lange wollen wir die Schulfamilie noch hinhalten“, fragte Ulrich Schäufele (SPD) rhetorisch.

Als Ausweg forderte CSU-Sprecher Michael Obst höhere Schlüsselzuweisungen. Schrapp sieht hingegen auch das eigene Haus in der Pflicht und verlangte „Effizienzsteigerungen“ durch das Vorantreiben der Digitalisierung. Zwar habe sich der Personalbestand beim Kreis nicht erhöht, doch werden die Ausgaben auf 39 Millionen Euro weiter steigen, maßgeblich ausgelöst durch Tarifabschlüsse, wie der Kämmerer erläuterte. Auch darauf habe der Kreis selbst keinen Einfluss. Worüber die 70 Rätinnen und Räte selbst entscheiden können, sind die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ etwa für Tourismus, Vereinszuschüsse, Radverkehr, Sportförderung, ein im Verhältnis zum Gesamtetat kleiner Topf, gefüllt mit rund 25 Millionen Euro, der bereits in den Vorberatungen etwas geschröpft wurde.

So gibt der Kreis keinen Zuschuss mehr für die Radbeförderung im ÖPNV. Der Klimaschutzmanager muss Aufgaben im Bereich Hochwasserschutz übernehmen. In der Sitzung kam es deshalb zu Nachgeplänkel: Obst erklärte den Klimaschutz zu einem ideologischen Thema. Meisel warf ihm deshalb „AfD-Sprech“ vor. Krimhilde Dornach (ÖDP) begann ihre Rede mit einem Einspieler des Klaus-Lage-Songs „Monopoly“ - die haushalterische Entwicklung als Hochrisiko-Spiel. Offen widersprochen hat dieser Einschätzung gestern niemand.